

28.11.2023

# Änderungsantrag

der Fraktion der FDP

zu dem **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 18/5000 und 18/6500 (Ergänzung)  
Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses  
Drucksache 18/6807

## 2. Lesung

**Kapitel 07 060 Gleichstellung von Frauen und Männern**

**Titel 547 13 Sächliche Verwaltungsausgaben Gleichstellung**

Erhöhung des Baransatzes

### HH 2024

### Ansatz lt. HH 2023

von	1.670 000 Euro	1.670.000 Euro
um	150.000 Euro	
auf	1.820.000 Euro	

## Begründung

Obwohl Endometriose eine der häufigsten gynäkologischen Erkrankungen ist, ist die Erkrankung noch sehr unbekannt. Endometriose *ist* noch immer ein Tabuthema und es bestehen noch zu große Unkenntnisse über die Krankheit, sowohl bei betroffenen Frauen und Mädchen als auch bei medizinischem Personal.

Zu oft wird die Erkrankung erst viel zu spät diagnostiziert und bis dahin als „bloß starke Regelschmerzen“ abgetan und die Betroffenen aufgefordert, sich „mehr zusammenzureißen“. Endometriose kann zu Unfruchtbarkeit führen. Auch die Behandlung der Endometriose ist noch zu wenig erforscht. Bismal steht als dauerhaftes Medikament nur die hormonelle Kontrazeption („Pille“) zur Verfügung. Aktuell dauert es im Schnitt zehn Jahre von den ersten Beschwerden bis zur Diagnose der Erkrankung Endometriose.

Das Leid der Betroffenen kann aber durch frühzeitige Diagnose und Behandlung erheblich gelindert werden. Daher ist die Aufklärung der Betroffenen über mögliche Symptome und Folgen der Endometriose und Information der behandelnden Ärztinnen und Ärzte sowie der politisch Verantwortlichen im Gesundheitssystem von zentraler Bedeutung.

Expertinnen und Experten sind sich einig, dass eine Awareness- und Aufklärungskampagne dazu beitragen kann, dass Betroffene selbst oder ihre Angehörigen von Endometriose erfahren und in der Folge die Erkrankung schneller diagnostiziert und behandelt werden kann. Daher fordern wir die Durchführung einer solchen Öffentlichkeitskampagne. Denkbar wären zum Beispiel Social Media-Werbung, Großflächen oder Werbung im öffentlichen Personenverkehr.

Henning Höne  
Marcel Hafke

und Fraktion